

Der Vollzugsdienst

6/2012 - 59. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Die Justizvollzugsanstalt Hünfeld (Hessen) bleibt weiter teilprivatisiert

Staatsminister Jörg-Uwe Hahn unterzeichnet neuen Betreibervertrag

Seite 42

Wohin entwickelt sich die Laufbahn des Werkdienstes?

Gleichwertigkeit von Meister- und Bachelorabschluss verkündet

Seite 51

Vernichtender Bericht des Landesrechnungshofes zur JVA Burg als PPP-Projekt

Prüferkenntnisse: "Erhebliche finanzielle Mehrbelastung"

Seite 73

dbb-Bundesgewerkschaftstag



Anton Bachl gratuliert mit der BSBD-Delegation dbb-Chef Klaus Dauderstädt



Berlin Seite 21



Hamburg Seite 33



Thüringen Seite 79

Fachteil: Studie über ständige Erreichbarkeit

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Gedanken zum Jahreswechsel von Anton Bachl, BSBD-Bundesvorsitzender
- 2 Wegfall der Praxisgebühren ab Januar 2013
- 2 Herbsttagung der dbb-Frauenvertretung
- 3 dbb Gewerkschaftstag: Anträge des BSBD-Arbeitskreises Tarif
- 3 Einkommensrunde 2013: "Die Löhne sollten mindestens so steigen wie die Preise"
- 4 23. Bundesgewerkschaftstag des dbb

LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 21 Berlin
- 26 Brandenburg
- 30 Bremen
- 33 Hamburg
- 38 Hessen
- 45 Mecklenburg-Vorpommern
- 47 Niedersachsen
- 50 Nordrhein-Westfalen
- 64 Rheinland-Pfalz
- 68 Saarland
- 70 Sachsen
- 73 Sachsen-Anhalt
- 76 Schleswig-Holstein
- 79 Thüringen

FACHTEIL

- 82 Eine neue Studie beleuchtet die Ursachen und Folgen ständiger Erreichbarkeit

Redaktionsschluss für die Ausgabe 1/2013:
15. Januar 2013



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@bsbd.de vollzugsdienst.neumann@aol.com
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodmann@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Anton Bachl	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Willi Köbke	willikobke@versanet.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Finke	werner.finke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Helmut Halwachs	helmut.halwachs@jva-buetzow.mv-justiz.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	markuswollscheid@t-online.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Gerd Schulz	g.schulz@bsbd-thueringen.de www.thueringen.de

Zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die NRW-Landesredaktion wünscht Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches sowie in privat-familiärer und beruflicher Hinsicht erfolgreiches Jahr 2013.

Mit einer Vielzahl von Zuschriften aber auch Anrufen haben Sie auf unsere Beiträge reagiert. Für dieses Interesse an der Arbeit unserer Berufsorganisation danken wir Ihnen. Die Redaktion sieht hierin die Verpflichtung, Sie auch im neuen Jahr umfassend und aktuell über die Entwicklungen im Strafvollzug und die gewerkschaftlichen Initiativen des **BSBD** zu unterrichten.

Der **BSBD** hat in dem gerade zu Ende gehenden Jahr 2012 der Politik auf allen Ebenen deutlich gemacht, dass ein funktionstüchtiger Strafvollzug im erfolgreichen Kampf gegen die Kriminalität unverzichtbar und ein wesentlicher Eckpfeiler der „inneren Sicherheit“ in unserem Lande ist. Zugleich hat er gefordert, auf den Weg der strukturellen Verbesserung der beruflichen Perspektiven der Strafvollzugsbediensteten zurückzukehren. Die öffentlichen Arbeitgeber freuen sich über Steuereinnahmen in Rekordhöhe, sehen aber gleichzeitig kaum finanzielle Handlungsspielräume. Die selbst auferlegte Schuldenbremse verursacht finanzwirtschaftliche Zwänge, die unser Land zu lähmen drohen. Nachdem die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im zurückliegenden Jahrzehnt mehr als andere Bevölkerungsgruppen zur Kasse gebeten worden sind, **erwarten wir im Zuge der bevorstehenden Dienstrechtsreform eine faire Behandlung unserer berechtigten Anliegen.**

Strukturelle Weiterentwicklung der Laufbahnen des Vollzuges überfällig

Die Vertretungen der einzelnen Laufbahnen des Vollzuges sind derzeit mit der Ausarbeitung eines schlüssigen Konzeptes für die Weiterentwicklung der jeweiligen Laufbahnstrukturen befasst. Anfang des kommenden Jahres soll dieses Konzept die Basis für die Verhandlungen mit der Politik bilden, damit die strukturelle Weiterentwicklung der Laufbahnen endlich wieder Fahrt aufnehmen kann.

Mit dieser offensiven Strategie des **BSBD** soll der nunmehr seit 2006 zu beobachtende Stillstand bei der strukturellen Weiterentwicklung der Laufbahnen des Vollzuges überwunden werden. Der **BSBD** ist zuversichtlich, dass sich mit schlüssigen Konzepten die berechtigten Forderungen der Strafvollzugsbediensteten in die Dienstrechtsreform

sachgerecht einbinden lassen. Die alte Erkenntnis, dass der Strafvollzug ein wesentlicher Bestandteil der „inneren Sicherheit“ unserer Gesellschaft ist, sollte die Politik dazu veranlassen, diesen wichtigen Bereich zukunftsfest zu machen. Wenn hierauf verzichtet wird, stattdessen die finanziellen Dauerschrauben angesetzt werden, dann wird die Effizienz des Vollzuges aufs Spiel gesetzt. Der **BSBD** wird sich allerdings **allen Versuchen** widersetzen, die „innere Sicherheit“, soweit der Vollzug hierfür Verantwortung trägt, zu Grabe zu tragen, und das auf Knochen und zu Lasten der Bediensteten des Strafvollzuges. Seitens der Politik, dies ist absehbar, wird auf die Schuldenbremse verwiesen werden, um auch beim Personal zu sparen. Dies ist allerdings ein selbst geschaffener Sparzwang, der eingeführt wurde, weil die Politiker sich selbst nicht zutrauen, verantwortlich mit dem Geld der Bürger umzugehen.

Politik muss ihrer Verantwortung gerecht werden

Damit wird die Politik ihrer Verantwortung, notwendige politische Prioritäten zu setzen, nicht gerecht. Eine solche Ignoranz ist zwar ein Weg, Schwierigkeiten in die Zukunft zu vertagen, ein Mittel zur Bewältigung dringender gesellschaftlicher Probleme ist sie aber nicht. **Der Bürger darf von der Politik Führung erwarten** und hierzu gehört, dass Prioritäten gesetzt, Entscheidungen getroffen werden. Das Hinauszögern notwendiger Weichenstellungen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag würde dem Steuerzahler sonst teuer zu stehen kommen.

Die Tarifrunde 2013, das zeichnet sich bereits ab, wird seitens der Gewerkschaften und Arbeitgeber mit äußerster Härte geführt werden. Die moderaten Abschlüsse des zurückliegenden Jahrzehnts haben die Produktivität der Wirtschaft nachhaltig verbessert. Die Unternehmensgewinne sprudeln seither unaufhörlich. Nunmehr sind auch die Kolleginnen und Kollegen an der Reihe, etwas vom Kuchen zu erhalten. Jetzt hat für den **dbb beamtenbund und tarifunion** Einkommenszuwachs absoluten Vorrang. Um erfolgreich zu sein, werden wir gewerkschaftlichen Druck erzeugen müssen. Ich erbitte bereits jetzt Ihre Unterstützung und Solidarität für den Fall, dass unsere Präsenz auf der Straße gefordert ist.

Seit der Föderalismusreform ist es immer schwieriger geworden, eine zielorientierte, glaubwürdige und erfolgreiche



Peter Brock.

Gewerkschaftspolitik zu betreiben. Als effizienter Fürsprecher und Interessensvertreter der Strafvollzugsbediensteten schauen wir trotzdem optimistisch in die Zukunft. Bedeutung, Kraft und Durchsetzungsvermögen in den Verhandlungen mit der Politik bezieht der **BSBD** aus dem hohen Organisationsgrad der Strafvollzugsbediensteten. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir im kommenden Jahr ganz besonders auf Ihre solidarische Unterstützung angewiesen.

Der Vollzug benötigt Wertschätzung

Einige Sicherheitsstörungen in den Vollzugseinrichtungen des Landes haben in den letzten Wochen und Monaten regelmäßig zum politischen Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition im NRW-Landtag geführt. Anstatt der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass sich hierbei um das dem Strafvollzug immanente Restrisiko handelt, sind diese Ereignisse in der Bedeutung überhöht und skandalisiert worden. Der BSBD hat gegenüber der Politik klargestellt, dass ein solcher Umgang mit Sicherheitsstörungen die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen diskreditiert und zudem geeignet ist, eine Absicherungsmentalität zu erzeugen, die der Aufgabe des Vollzuges nicht angemessen ist. Besser wäre es, die Leistungen der Strafvollzugsbediensteten nicht nur in Sonntagsreden zu loben und anzuerkennen, sondern die Wertschätzung durch aufgaben- und leistungsangemessene Besoldungsstrukturen wertzuschätzen.

Das neue Jahr wird uns alle vor neue Herausforderungen stellen, deren Bewältigung die Mobilisierung aller Kräfte erfordern wird. Wir sind zuversichtlich, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, uns – wie bisher – kritisch begleiten und nachdrücklich unterstützen werden.

Zur Erreichung der angestrebten Ziele wünsche ich uns allen Gesundheit, Kraft und Ausdauer, nicht weniger aber eine pragmatische und realistische Sicht für das Machbare.

Zum Weihnachtsfest und zum neuen Jahr bin ich mit allen guten Wünschen für Sie persönlich und Ihre Familien

Ihr/Euer
Peter Brock
Landesvorsitzender

Wohin entwickelt sich die Laufbahn des Werkdienstes?

Bundesministerium für Bildung und Forschung verkündet Gleichwertigkeit von Meister- und Bachelorabschluss

Nach jahrelangen Diskussionen hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung am 31. Januar 2012 im Rahmen des Deutschen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen (DQR) die Gleichwertigkeit von Meister- und Bachelorabschluss verkündet. Hierauf hätten sich Bund, Länder und Sozialpartner verständigt. Diese Übereinkunft war erforderlich, um auf europäischer Ebene eine Vergleichbarkeit von universitären und beruflichen Berufsabschlüssen herzustellen. Ab 2012 sollen die europäischen Länder ihre Berufs- und Studienabschlüsse mit einem Hinweis auf die jeweilige Stufe des europäischen Qualifikationsniveaus versehen.

Diese Übereinkunft hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf die konkrete Bezahlung oder die laufbahnrechtliche Einstufung der Betroffenen. Sie gibt allerdings Veranlassung, notwendige Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Interessenvertretung zu ziehen. Zwischenzeitlich haben sich die **BSBD**-Vertreter der Laufbahn des Werkdienstes dieser überaus schwierigen Aufgabe angenommen, weil die Verlautbarung des Bildungsministeriums ganz unterschiedliche Reaktionen bei den Kolleginnen und Kollegen ausgelöst hat.

Während die einen die sofortige Überleitung der Laufbahnangehörigen mit Meisterqualifikation in die Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes favorisieren, raten die anderen zu einem behutsamen Vorgehen und zur Prüfung von Alternativen.

Von allen Bundesländern verfügt Nordrhein-Westfalen über den größten Werkdienst. Einschließlich der Anwärter sind in den Betrieben der Vollzugseinrichtungen derzeit rund 600 Kolleginnen und Kollegen beschäftigt. Man darf dabei getrost unterstellen, dass das Land NRW, das künftig die Schuldenbremse zu beachten haben wird, für sein Personal nicht ohne Not mehr Geld aufwenden wird.

Trotzdem haben Vorgespräche des **BSBD** mit Verantwortlichen ergeben, dass es eine grundsätzliche Bereitschaft gibt, eine gewisse Anzahl von Angehörigen

des Werkdienstes in Positionen, in denen die Qualifikation als Meister unverzichtbar ist, in die Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes zu übernehmen, alle anderen hingegen nicht.

Von einer solchen Regelung könnten ungefähr 150 Kolleginnen und Kollegen profitieren. Für die restlichen 450 würde es vermutlich das Ende jeglicher beruflichen Weiterentwicklung bedeuten. Wer profitieren könnte, liegt auch ziemlich deutlich auf der Hand. Dies dürften vorrangig die Werkdienst- und Betriebsleitungen sowie die Berufsausbilder sein. Wer nicht zu diesen Personengruppen gehört, muss damit rechnen, künftig nur noch im Ausnahmefall beruflich gefördert zu werden.

Oberstes Ziel des BSBD ist es die Einheit der Laufbahn zu sichern

Zudem dürften in diesem Fall die Altersabgänge künftig durch Personal mit Gesellenausbildung (z. B. Werkaufsichtsdienst) ersetzt werden, was sukzessive zur Reduzierung der Laufbahn des Werkdienstes führen würde. Dieser Teil des Werkdienstes würde folglich zwangsläufig in der beruflichen Sackgasse landen.

Oberstes Ziel des **BSBD** muss es im Interesse aller Laufbahnangehörigen sein, die Einheit der Laufbahn zu sichern und jeder Kollegin und jedem Kollegen den leistungsabhängigen Aufstieg bis in den gehobenen Dienst (A 7 bis A 12 BBO) zu ermöglichen. Um die Wertigkeit der

Meisterqualifikation als Einstiegsvoraussetzung für die Laufbahn des Werkdienstes angemessen zu honorieren, strebt der **BSBD die Schaffung einer Zulage** ausschließlich für eine Tätigkeit als Meister im Strafvollzug an, die ein Vielfaches der bisherigen Meisterzulage ausmachen müsste.

Die Fachschaftsvertretung des Werkdienstes hat sich mit deutlicher Mehrheit für die Aufwertung der Laufbahn vor dem Hintergrund des Deutschen Qualifikationsrahmens ausgesprochen, dabei aber gefordert, die Einheitlichkeit der Laufbahn unter keinen Umständen zu gefährden. Die Fachschaftsvertreter haben der **BSBD-Landesleitung** zudem vorgeschlagen, sich für eine signifikante Verbesserung der Stellenobergrenzen im Bereich der Ämter A 9 bis A 11 BBO der Laufbahn des Werkdienstes sowie für die Einführung einer vollzugsspezifischen Zulage einzusetzen.

Die dargestellte Position, die von den Gremien des BSBD erarbeitet wurde, und die Grundlage der zukünftigen Gewerkschaftsarbeit sein wird, ist Ausfluss gelebter Solidarität. Allen Kolleginnen und Kollegen wird damit ein auf der schulischen Vorbildung, der beruflichen Qualifikation basierender, leistungsabhängiger beruflicher Aufstieg ermöglicht. Mit dieser Position werden alle Laufbahnangehörigen gefördert und niemand in einer beruflichen Sackgasse zurückgelassen.



Berufsausbilder sind die Lokomotive für die berufliche Entwicklung des Werkdienstes.



Die berufliche Qualifizierung von Straftätern muss wieder zum Schwerpunkt der Aufgaben des Werkdienstes werden.

Ortsverband Heinsberg:

Detlef Plömacher gestaltet die BSBD-Gewerkschaftsarbeit vor Ort

Erst im Juni 2012 hat Detlef Plömacher sich in die Verantwortung nehmen lassen und Hans Heinrich Erkens in der Funktion des Ortsverbandsvorsitzenden abgelöst. Ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit hat ihn schon immer interessiert. Bis zum Aufrücken in die erste Reihe der Gewerkschaftsarbeit hat es allerdings etwas gedauert. Detlef Plömacher ist zutiefst überzeugt, dass die Berufsgruppenminderheit der Strafvollzugsbe-

diensteten ihre Interessen gegenüber der Politik selbst vertreten muss, und zwar unmittelbar und ohne dass hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre Forderungen zunächst auf Opportunität überprüfen und filtern. Nur so ergebe sich eine realistische Chance auf Realisierung der berechtigten Anliegen der Kolleginnen und Kollegen. Die Redaktion „Der Vollzugsdienst (DVD)“ hat mit Detlef Plömacher das nachstehende Interview geführt.

DVD: Sehr geehrter Herr Kollege Plömacher, Sie leiten den BSBD-Ortsverband Heinsberg seit nunmehr rund sechs Monaten. Welche Erfahrungen haben Sie in dieser Zeit gewinnen können?

Detlef Plömacher: Nach anfänglicher Eingewöhnungszeit und der damit verbundenen Neuorientierung, nicht nur für mich, sondern für den gesamten Vorstand, habe ich durchweg gute Erfahrungen sammeln dürfen.

Ich habe nach Übernahme des Ortsverbandsvorsitzes ein hohes Maß an Zuspruch durch die Kolleginnen und Kollegen aller Berufsgruppen der JVA Heinsberg erfahren, wofür ich sehr dankbar bin. Der Übergang vom Lernen zum Agieren ist mir dadurch sehr erleichtert worden. Die ersten großen Erfolgserlebnisse waren die hohe Wahlbeteiligung und das tolle Ergebnis für den BSBD bei der Personalratswahl 2012. Seither hat der Ortsverband steigende Mitgliederzahlen zu verzeichnen, das motiviert allgemein, sich noch stärker für unsere gemeinsamen Anliegen zu engagieren.

DVD: Die Gewerkschaftsarbeit des BSBD ist auf eine weitreichende Unterstützung durch die Basis angewiesen. Wie gelingt es Ihnen, die Mitglieder des Ortsverbandes für die Verbesserung der beruflichen Perspektiven der Strafvollzugsbediensteten zu interessieren?

Detlef Plömacher: Nicht nur ich, sondern alle Mitglieder des Ortsverbandsvorstandes suchen ständig das Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen. Diesen Meinungs austausch nutzen wir, um Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Gespräche sind aber auch der Quell für die konkrete Ausrichtung der Gewerkschaftsarbeit, indem an der Basis diskutierte Anliegen direkt in die Gremien des BSBD eingespeist werden können. Sind diese Anliegen mehrheitsfähig, bilden sie die Grundlage für die Verhandlungen der Gewerkschaft Strafvollzug mit der Politik. Auf diese Weise sichert der BSBD seine Basisorientierung, nutzt innovative Ideen der Kolleginnen und Kollegen und schafft so die Möglichkeit der Beteiligung. Ich bin zutiefst überzeugt, dass diese auf die Mit-

glieder ausgerichtete Gewerkschaftsarbeit sich langfristig auszahlt und Früchte trägt.

DVD: Die Tarifrunde 2013 steht vor der Tür. Mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) werden im Frühjahr Verhandlungen über die Erhöhung der Gehälter der Kolleginnen und Kollegen in den Bundesländern geführt werden. Wie müsste nach Ihrer Einschätzung die Einkommensverbesserung aussehen, die einen Tarifabschluss vertretbar erscheinen lässt?



Detlef Plömacher hat sich als Ortsverbandsvorsitzender etabliert und die ersten Erfolge eingefahren.

Detlef Plömacher: Die Tarifrunde wird erneut eine Vorreiterrolle für den Beamtenbereich übernehmen. Gewerkschaftlich wird deshalb alle gefordert, den erforderlichen Druck auf die öffentlichen Arbeitgeber auszuüben, damit ein Ergebnis erzielt wird, dass zu einem realen Einkommenszuwachs führt und nicht nur die Inflation ausgleicht.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat leidvoll erfahren müssen, welche weitreichenden Konsequenzen es haben kann, die Zusage einer Eins-zu-eins-Übernahme des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich zu brechen. Der Regierung Rüttgers hat es die Abwahl beschert. Die rot-grüne Minderheitsregierung hat da wesentlich geschickter taktiert und die Übernahme des Tarifabschlusses zeit- und wirkungsgleich realisiert. Das jetzige rot-grüne Regierungsbündnis ist gut beraten, von diesem „Pfad der Tugend“

nicht abzuweichen. Die Regierung sollte sich an dem römischen Rechtsgrundsatz „quid pro quo“ (jede Leistung erfordert eine Gegenleistung, d.Red.) orientieren, damit auch die Strafvollzugsbediensteten ihre verlässliche Arbeit für die Sicherheit unserer Gesellschaft als wertgeschätzt empfinden können.

DVD: Wer Forderungen aufstellt, der muss auch bereit sein, alle Mittel des Arbeitskampfes einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Wird sich Ihr Ortsverband solidarisch zeigen, wenn die BSBD-Landesleitung zum Protest aufruft?

Detlef Plömacher:

Es besteht an der Heinsberger Gewerkschaftsbasis die Bereitschaft, für einen angemessenen Tarifabschluss auf die Straße zu gehen, damit der Politik verdeutlicht werden kann, dass die in diesem Jahr zu verzeichnenden Steuereinnahmen auf Rekordniveau auch zu einer deutlichen Einkommensverbesserung

der öffentlich Beschäftigten führen müssen. Der BSBD-Ortsverband Heinsberg wird bereit sein, und sich an Protestveranstaltungen, so sie denn notwendig sind, beteiligen.

DVD: Ohne ein massives Auftreten in der Öffentlichkeit werden sich die öffentlichen Arbeitgeber kaum beeindrucken lassen. Sie tragen die Schuldenbremse wie einen Fetisch vor sich her. Sind die Kolleginnen und Kollegen in Ihrem Organisationsbereich willens und in der Lage, sich bei den Tarifverhandlungen nicht mit Almosen abspesen zu lassen?

Detlef Plömacher: Bei der Lohnentwicklung dürfen wir gegenüber der freien Wirtschaft, aber auch gegenüber den Bundesbeamten nicht noch weiter ins Hintertreffen geraten. Die Kolleginnen und Kollegen erwarten, dass der dbb beamtenbund und tarifunion einen Tarifab-

schluss deutlich oberhalb des Kaufkraftverlustes durchsetzt. Ich werde mich mit meinen Vorstandskollegen nachdrücklich um die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen bemühen und diese dazu auffordern, selbst initiativ zu werden. An geeigneter Stelle kann jeder seinem Wahlkreisabgeordneten erläutern, was er von der Tarifrunde 2013 und den sich anschließenden Einkommensverbesserungen für Beamte erwartet. Unser Hauptaugenmerk müssen wir aber darauf richten, solidarisch für unser gemeinsames Ziel einzustehen, ohne Rücksicht auf eigene Befindlichkeiten. Dies sollte das Maß sein, an dem sich letztendlich jede und jeder messen lassen muss.

DVD: Im kommenden Jahr soll dem Vernehmen nach die Dienstrechtsreform in Angriff genommen werden. Welche Erwartungen haben Sie in dieser Hinsicht an die Landesregierung?

Detlef Plömacher: Hier erwarte ich eine uneingeschränkte Beibehaltung der Altersgrenze von 62 Jahren für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes. Es darf nicht dazu kommen, dass Kolleginnen und Kollegen, die über einen Zeitraum von mehr als 30 Jahren im Schichtdienst gearbeitet haben, eine höhere Altersgrenze zugemutet wird. Die besonderen psychischen und physischen Belastungen des Dienstes müssen sich in der Altersgrenze spiegeln.

Die Heraufsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 41 Stunden war eine jener Sparmaßnahmen, die den Kolleginnen und Kollegen zugemutet wurde, um den Haushalt zu entlasten. Jetzt ist es an der Zeit, den Kolleginnen und Kolleginnen etwas zurückzugeben.

Da im Strafvollzug in einem Drei-Schicht-System gearbeitet wird, wäre die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche sinnvoll,

um einen Teil des Reallohnverlustes der Beamten auszugleichen.

DVD: Die Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz für das Dienst- und Besoldungsrecht auf die Länder hat seit nunmehr sechs Jahren zum Stillstand bei notwendigen Strukturmaßnahmen geführt. Welche Strukturmaßnahmen halten Sie im Zusammenhang mit der Dienstrechtsreform für unverzichtbar?

Detlef Plömacher: Die berechtigten Belange des Strafvollzugs, die durch den BSBD immer wieder eingefordert, aufgezeigt und vertreten werden, sind im



Der BSBD ist bei der JVA Heinsberg die maßgebliche gewerkschaftliche Interessenvertretung der Strafvollzugsbediensteten.



Während der Tarifrunde 2013 werden wir auf die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen angewiesen sein.

Rahmen der anstehenden Dienstrechtsreform zu realisieren. Im Einzelnen darf ich nennen:

- Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Gitterzulage und der Meisterzulage,
- Erhöhung der jährlichen Sonderzuwendung/des Weihnachtsgeldes auf zumindest 60 % eines Monatsgehaltes und anschließende Einrechnung und Auszahlung mit den monatlichen Bezügen,
- Schaffung neuer Berufsperspektiven für die Angehörigen der Laufbahn des mittleren Verwaltungsdienstes,
- generelle Verbesserung der Obergrenzen in allen Laufbahnen des Vollzuges. Speziell beim gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst besteht seit Jahren dringender Handlungsbedarf,
- strukturelle Verbesserungen in der Laufbahn des Werkdienstes, um der Gleichstellung von Bachelorabschluss und

Meisterprüfung im Rahmen des Deutschen Qualifikationsrahmens Rechnung zu tragen.

DVD: In den zurückliegenden Monaten stand der Strafvollzug vielfach im Mittelpunkt der Kritik, weil sich Sicherheitsstörungen ereignet hatten. Halten Sie den Umgang der Politik und der Medien mit diesen Vorkommnissen für sachgerecht? Sehen Sie die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen als angemessen gewürdigt und bewertet an?

Detlef Plömacher: Ich denke, von Würdigung der Arbeit der Strafvollzugsbediensteten kann bei dem Umgang der Politik mit Sicherheitsstörungen eher nicht gesprochen werden. So vermisse ich die notwendige politische Unterstützung, um den Vollzug nachhaltig und konstruktiv zu begleiten. Gegenwärtig werden (Sicherheits-) Störungen im Vollzug lediglich genutzt, um parteipolitische Interessen zu bedienen. Die sachgerechte Aufarbeitung steht dabei nicht im Zentrum der Bemühungen. Es ist beschämend, die Verlautbarungen bestimmter Politiker, beispielsweise nach den Vorfällen in den Justizvollzugsanstalten Aachen oder Bochum, in Funk und Fernsehen erleben zu müssen.

Ich weiß nicht, ob die Berichterstattung der Medien (Print-Radio-TV) überhaupt noch angemessen bewertet werden kann. Selbst banale Anlässe werden sensationseisend aufbereitet und der Öffentlichkeit in skandalisierender Weise dargeboten. Die Einschaltquoten und Verkaufszahlen scheinen die Götzen jener Medien zu sein, die von der Politik nur zu gern gefüttert werden. Insgesamt mutet es schon merkwürdig an, dass die Politiker dem Vollzug selbst noch ihre eigene verfehlte Politik anlasten. Hier ragen insbesondere ein sukzessiver Stellenabbau sowie die Auslagerung originärer Aufgaben des Vollzuges auf externe Träger heraus.

DVD: Wie ist die Stimmung in Ihrem Ortsverband in Bezug auf die Einführung der neuen Dienstkleidung?

Detlef Plömacher: Nach anfänglicher Skepsis sind die Kollegen positiv überrascht, nachdem die Dienstkleidung vor Ort vorgestellt worden ist. Was weiterhin zu Diskussionen führt, ist die Handhabung der Einführung durch die Dienstkleidungslieferanten. Zunächst tritt nur ein Anbieter in Erscheinung, so dass qualitativ und hinsichtlich der Preisgestaltung keine Vergleiche gezogen werden können. Dies stört viele Kolleginnen und Kollegen, weshalb sie sehr zurückhaltend bei den Bestellungen sind. Hier hätte ein einheitlicher Einführungszeitpunkt aller in Rede stehenden Anbieter organisiert werden



Die Managergehälter kennen seit einem Jahrzehnt nur eine Richtung: nach oben, Zuwachs 270 Prozent.

müssen, an dem alle für den Bezug der Dienstkleidung wichtigen Konditionen verbindlich und transparent gewesen wären. Insgesamt bleibt insoweit ein bitterer Beigeschmack. Viele Kolleginnen und Kollegen stellen sich die Frage, ob die Beamtinnen und Beamten im Bereich des Vollzuges im Vergleich zur Polizei nur Landesbeamte zweiter Klasse sind. Die Polizei trägt Uniform und der Vollzug Dienstkleidung.

DVD: Was erwarten die Kolleginnen und Kollegen von der Einführung einer neuen Arbeitszeit- und Dienststundenregelung?

Detlef Plömacher: Die Kollegen erwarten klare Vorgaben, die für alle Anstalten gelten und dann auch einheitlich umgesetzt werden. Es wird erwartet, dass sich die Handschrift von Kolleginnen und Kollegen

wiederfindet, die ihre Erfahrungen aus der Praxis eingebracht haben. Wir hoffen, dass sich die Basis mit der neuen Regelung identifizieren kann. Nicht anfreunden könnten sich die Kolleginnen und Kollegen mit den angedachten dienstplanmäßigen Arbeitszeit,

konkret der verbindlichen Arbeitszeit. Die Kolleginnen und Kollegen erwarten darüber hinaus eine klare Festlegung zur Ableistung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit von montags bis freitags.

DVD: Welche Ziele setzen Sie sich für den Ortsverband Heinsberg?

Detlef Plömacher: Mein Ziel ist es, die Kolleginnen und Kollegen dahingehend zu bestärken, aktiv Ideen und konstruktive Vorschläge in die Gremien des **BSBD** einzubringen, damit gute Ansätze nicht vor Ort verpuffen, ohne Gehör zu finden. Speziell die jungen Kolleginnen und Kollegen möchte ich davon überzeugen, dass sich Einsatz und Engagement für den eigenen Beruf und die eigenen beruflichen Interessen auszahlt und die Gewerkschaft in ihrer Struktur lebendig hält. Werben möchte ich zudem, so banal es sich auch anhört, um Zeit, die benötigt wird, Vorhaben mit der nötigen Umsicht anzugehen und im politischen Raum mehrheitsfähig zu machen. Auch im Zeitalter von **Facebook** und **WhatsApp** sollte dies möglich sein.

DVD: Lieber Herr Kollege Plömacher, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Detlef Plömacher sieht die Heinsberger BSBD-Untergliederung auf einem guten Weg.

„Auf ein Wort“ von Wilhelm Bokermann



Euro: Das Drama geht in die nächste Runde. Und kein Ende in Sicht!

Die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst steht unmittelbar bevor und die Kolleginnen und Kollegen erwarten zu recht eine angemessene Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Es müssen nicht gleich jene 270 Prozent sein, um die die Managergehälter der DAX-Unternehmen in den letzten zehn Jahren angestiegen sind, aber deutlich mehr als nur der Ausgleich des Kaufkraftverlustes sollten es schon sein. Gerade jetzt aber wird die Euro-Krise wieder virulent und beschäftigt damit zwangsläufig auch die gewerkschaftliche Interessenvertretung. Erinnern wir uns: Am 8. Oktober diesen Jahres wurde der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM) gestartet. Er löste den provisorischen Krisenfonds „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF) ab, der seit 2010 als sogenannter „Rettungsschirm“ zum Schutz vor der besorgniserregenden Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit einiger Euroländer „aufgespannt“ worden war. Damit war der Startschuss zur Rettung der griechischen Banken, d.h. zu deren Rekapitalisierung gegeben. Gegenteilige Beteuerungen der Politik hatten eine nur geringe Halbwertszeit. Der nächtliche Beschluss des Griechenland-Gipfels am 27. November 2012 hatte letzte Hürden beseitigt. Dabei hatte die Weltbank gewarnt, dass eine „Schuldenwand“ auf Europa zukomme, wenn die zur letzten Jahreswende gewährten Kredite der „Europäischen Zentralbank“ (EZB) an den Finanzsektor etlicher Krisenländer 2014 und 2015 auslaufen. Es geht um gut 1.000 (!) Milliarden Euro, die dann zur Rückzahlung anstehen.

Und es kam, wie es kommen musste. Die Tinte unter dem neuen **Griechenland-„Deal“** der Euro-Finanzminister war noch nicht ganz trocken, da beschloss der **Deutsche Bundestag** bereits am 29. November 2012 mehrheitlich neue Kredithilfen für Griechenland in Form einer Aufstockung des **zweiten Hilfspaketes** auf nunmehr 43,7 Mrd. Euro. Davon gehen laut den *Deutschen-Mittelstands-Nachrichten (DMN)* vom 27. November 2012 etwa 23,6 Milliarden Euro an die Banken und rund 10 Milliarden sollen zunächst in den griechischen Haushalt fließen. Weitere 10 Milliarden Euro sind seitens der griechischen Regierung für einen Rückkauf eigener Anleihen von privaten Gläubigern bei 30- bis 40-prozentiger Wertsicherheit vorgesehen, um so die Schuldenlast zu reduzieren. Dieses

Vorhaben berührt Deutschland zunächst nur peripher.

Bedeutsamer und zugleich spürbarer wird für die Deutschen hingegen, dass infolge der Aufstockung des zweiten Hilfspaketes **erstmalig** Zahlungen aus dem laufenden bundesdeutschen Haushalt fällig werden. Bisher hat Deutschland „nur“ Kreditgarantien gegeben. Bundesfinanzminister **Wolfgang Schäuble (CDU)** schätzt, dass Deutschland allein 2013 mit Mehrkosten von rund 730 Mio. Euro rechnen muss.

Die *Deutschen-Wirtschafts-Nachrichten* bewerten in ihrer Online-Ausgabe vom 27. November 2012 den „erfolgreichen Deal“ der Euro-Finanzminister als eine **Luftnummer**. „Der ... von **Euro-Gruppe** und **IWF** beschlossene „Deal“ ist eine **Luftnummer**: 43,7 Mrd. Euro



Abgeordnete fühlten sich bei den Abstimmungen zum Rettungsschirm unter Druck gesetzt.

werden ausgezahlt, um das europäische Bankensystem am Leben zu erhalten. Alle sogenannten „Maßnahmen“ sind vage Absichtserklärungen. Für Deutschland bedeutet der Deal: Der Verlust von 11,5 Mrd. Euro wird immer wahrscheinlicher. **Dafür gibt es für die Spekulanten ein attraktives Weihnachtspresent“.**

Und auch die Abgeordneten des Bundestages erfahren harte Kritik in der *DWN-Ausgabe*. Dort heißt es: „Wie be-

Eindruck einer Wohngemeinschaft Drogensüchtiger, wo viele nur nach neuem Stoff – sprich Rettungskredite – süchtig sind, anstatt endlich mal von der Drogen Schulden loszukommen.“ Mit dieser Haltung gefährde man den Wohlstand in Deutschland und Europa. In der Zeitung heißt es weiter: Empört zeigte sich **Kolbe** auch über das übereilte Abstimmungsverfahren, bei dem innerhalb weniger Stunden „**wir nicht mehr für voll**



Die Ratingagentur Moody's hat dieser Tage den Europäischen Rettungsschirm herabgestuft.

reits bei den bisherigen Abstimmungen ist zu erwarten, dass die meisten Abgeordneten nicht im Ansatz verstehen werden, worüber sie abstimmen“.

Klaglose und arglose Abgeordnete im Bundestag?

Zum immer wieder kritisierten Abstimmungsverhalten der Abgeordneten des Deutschen Bundestages in Sachen „**Europäischer Rettungsschirm**“ ist festzuhalten, dass sich nach Auffassung mancher Beobachter nicht alle als „**Stimmvieh**“ haben missbrauchen lassen. Hundert Abgeordnete – darunter geschlossen die Fraktion „**Die Linke**“ mit insgesamt 76 Mandaten – stimmten gegen die Änderung, weitere elf enthielten sich.

Als „nicht mehr verantwortbar“ bezeichnete der Finanzexperte der Unionsfraktion, **Manfred Kolbe (CDU)**, die Maßnahme am 29. November 2012 gegenüber der „*Leipziger Volkszeitung*“. „Der Euro-Raum macht manchmal den

genommene **Abgeordnete**“ ein „**kompliziertes und kaum durchschaubares Griechenlandpaket**“ **absegnen sollten**. Erst am Mittwocha-bend hätten die Abgeordneten den Antrag samt dreihundert Seiten Anhang erhalten. Ohne Mitberatung in den meisten Ausschüssen sollte er rasch beschlossen werden. Dieses Verhalten „**widerspricht der parlamentarischen Demokratie**“.

Die Presse-Mitteilung der *Deutschen Mittelstands-Nachrichten (DMN)* vom 27. November 2012 gibt zudem einen



EZB-Chef Mario Draghi dämpft die Hoffnung auf ein schnelles Ende der Euro-Krise.

bezeichnenden Eindruck von der Art und Weise des Umgangs der Parteien mit ihren Abgeordneten, z. B. in der SPD-Fraktion. *Zitat: „...Vor der ESM-Abstimmung hatte die SPD-Fraktion ihren*



Die Bedeutung der Euro-Zone für den deutschen Export hat in den zurückliegenden Jahren deutlich abgenommen.

Abgeordneten ein Redeverbot erteilt: Eine Anfrage der DMN, wie die Abgeordneten denn im Fall des ESM stimmen würden, durfte auf Geheiß der Fraktionsführung nicht beantwortet werden“.

Erinnern wir uns auch an die grobe Beleidigung des **CDU-Abgeordneten Wolfgang Bosbach**, Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, durch **CDU-Kanzleramtsminister Ronald Pofalla**, als ersterer am 29. September 2011 aus Gewissensgründen dem Gesetz über eine Ausweitung des europäischen Rettungsschirms und dem (ersten) Hilfspaket für Griechenland nicht zuzustimmen vermochte. Zwar hat sich der Kanzleramtsminister später öffent-



Europäischer Gerichtshof in Luxemburg: Rettungsschirm ESM ist mit EU-Recht vereinbar.

lich entschuldigt, aber das alles hat ein bezeichnendes Licht auf die Zwänge und Umgangsformen im parlamentarischen Raum geworfen. In Interviews hat **MdB Wolfgang Bosbach** wiederholt den enor-



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble rechnet in 2013 mit einer haushaltswirksamen Belastung in Höhe von 730 Millionen Euro.



Wolfgang Bosbach (CDU) ist einer der profiliertesten Abgeordneten, die sich gegen den Europäischen Rettungsschirm ausgesprochen haben.

men Druck, der auf ihn und andere sogenannte Abweichler fraktionsintern ausgeübt worden sei, beklagt.

Von Griechenland gelernt

Nachdem die Euro-Finanzminister ein Bündel finanzieller Entlastungen für Griechenland ausgehandelt hatten, durfte es kaum verwundern, dass auch **Portugal** und **Irland** im jeweils eigenen Hilfsprogramm ähnliche Zugeständnisse einfordern würden. Und genau so kam es auch. Der portugiesische Finanzminister erklärte, dass das Prinzip der Gleichbehandlung bei Zinsen und Rückzahlungsfristen auch für Portugal und Irland gelten müsse. Der irische Finanzminister wurde noch etwas deutlicher. Sein Land

des Euro-Schwergewichts Frankreich. Frankreich ist der zweitgrößte Unterstützer der beiden Finanzinstrumente“, erklärte **Moody's**. Die Kreditwürdigkeit von **ESM** und **EFSF** hänge nun einmal von der Kreditwürdigkeit seiner wichtigsten Unterstützer ab. Wichtigstes Land für **ESM** und **EFSF** ist **Deutschland**, es führt weiter die **Bestnote AAA**.“

Anzumerken ist, dass die vorgenannte Ratingagentur Frankreich in der zweiten Novemberhälfte d. J. gerade die Bestnote für seine Kreditwürdigkeit entzogen hat, während die US-Ratingagentur **Standard & Poor's** dies bereits im Januar d. J. getan hat. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, dass ein schlechteres „Rating“ grundsätzlich die Aufnahme von frischem Geld

„In Italien liegt das Risiko aber hauptsächlich in der politischen Unsicherheit, während in Frankreich strukturelle Schwächen die Ursache sind“. Bedenken sollte man dabei, dass von der Kapitalbasis des **ESM** in Höhe von derzeit 700 Mrd. Euro der Anteil der Franzosen bei 20,3 Prozent liegt. Deutschland steht hinter 27,1 Prozent des Kapitals mit seinen Garantien. Jedoch vertreten einige Bank-Ökonomen die Auffassung, dass auf Grund der **ESM-Abstufung** die Euro-Rettung insbesondere für Deutschland nicht teurer wird.

Die größten **Schuldenmacher** in der Euro-Zone sind: **Irland, Griechenland, Spanien, Slowakei, Portugal, Frankreich, Niederlande, Slowenien und Zypern**.



Bundeskanzlerin **Angela Merkel** hält es nunmehr für denkbar, dass Griechenland in der Zukunft Schulden erlassen werden müssen.



Der Ex-BDI-Chef **Hans-Olaf Henkel** plädiert für den Austritt der nordeuropäischen Länder aus dem Euro.

wolle von dem **Griechenland-„Deal“** lernen, um sich von dem „**Bailout**“ (engl. „aus der Klemme“), das von **EU** und **IWF** vorgesehen sei, zu befreien. So könne für Dublin der Weg geebnet werden, aus dem **85 Mrd. Euro-Bailout** auszusteigen.

Immerhin, die finnische Finanzministerin kann sich vorstellen, die Kreditlaufzeiten für Portugal und Irland zur Erleichterung des Schuldendienstes zu verlängern. Eine Absenkung der Zinssätze käme indes nicht infrage, zumal ein solcher Schritt nur bei bilateralen Krediten möglich sei, die bei Irland und Portugal keine Rolle spielten. Man darf auf die „ins Haus“ stehende Entscheidung der Euro-Finanzminister gespannt sein.

Die Freude über den vermeintlich positiven **Griechenland-„Deal“** ist den Euro-Finanzministern zudem durch den Verlust der Bestnote von **Moody's** für den Europäischen Rettungsschirm sicherlich etwas „verhagelt“ worden. Die Ratingagentur hat als Grund für die Herabstufung die schwächelnde Wirtschaft in Frankreich benannt. „**MONEY-ON-LINE**“ teilt dazu unter dem 1. Dezember d. J. mit: „**Die Abstufung sei u. a. eine Folge der schlechteren Bonität**

verteuern und erschweren kann. Und die Ökonomen warnen bereits: „**Frankreich ist derzeit die größte Gefahr für den Euroraum**“, heißt es im *Handelsblatt-Online*.

Der Chef-Volkswirt der **DZ-Bank**, **Stefan Bielmeier**, bezieht auch Italien in dieses Risiko-Potential ein und erklärt:



Robert Shiller, Yale Universität, hält ein überzogenes Sparen zur Beherrschung der US-Haushaltskrise für ein großes Risiko für die Konjunktur.

Das höchste Defizit in der Euro-Zone hat Irland; es beträgt 8,3 % des Bruttosozialprodukts.

Natürlich kann die berechtigte Frage aufkommen, „ob das mit dem **ESM** denn alles rechtens ist?“ Und dem ist so. Der **Europäische Gerichtshof** in Luxemburg hat am 27. November d. J. die Klage eines irischen Abgeordneten gegen den neuen Rettungsschirm **ESM** abgewiesen. Das EU-Recht stehe dem Abschluss und der Ratifikation des Vertrages zur Einrichtung des **ESM** nicht entgegen. Kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird hingegen die Sorge der **Volkswirtschaften in Osteuropa**, denen eine Rezession droht, wenn die deutsche Wirtschaft zu schwächeln beginnt. Vor allem die Automobilindustrien in **Tschechien**, in der **Slowakei** und in **Polen**, die massiv auf eine Nachfrage aus Deutschland angewiesen sind, beginnen unter der wirtschaftlichen Abschwächung in Deutschland zu leiden. Weitgehend unbemerkt geblieben ist auch, dass sich Investoren aus **China** bereits „einen guten Teil des deutschen Maschinenbaus und der Autzulieferer gekrallt“ haben, weiß „*Die Welt*“ in ihrer Online-Ausgabe vom 1. Dezember d. J. zu berichten.

Das Schlimmste ist noch nicht vorüber

Deutsche Volkswirtschaftler, darunter **Peter Bofinger** – Mitglied des Sachverständigenrates – haben laut *faz-net* vom 30. November d. J. skeptisch auf die Äußerungen des **EU-Binnenmarktkommissars Michael Barnier** reagiert, wonach der Höhepunkt der Krise in Europa überwunden sei.

Wörtlich heißt es dort: „Die Rezession setzt sich in den südeuropäischen Problemländern fort, die Schuldenstände steigen, insofern würde ich nicht sagen, dass das Schlimmste vorbei ist“, so **Bofinger**. Auch der **Präsident der europäischen Zentralbank (EZB), Mario**



Prof. Karl Albrecht Schachtschneider kämpft mit juristischen Mitteln gegen Euro und Verlust von staatlicher Souveränität.

Draghi, hat Hoffnungen auf ein schnelles Ende der Euro-Krise erst vor wenigen Tagen im *Radiosender Europe-1* gedämpft. Der EZB-Präsident widersprach mit seiner Äußerung zugleich dem **französischen Regierungschef Hollande**, der die Euro-Zone nach der Einigung auf ein neues Hilfspaket für Griechenland schon auf dem Weg aus der Finanzkrise sah.

Und in der Tat, im Winter wird im Euro-Raum eine Verschärfung der Rezession erwartet. So meldet das *Statistikamt Eurostat*, dass die Arbeitslosigkeit auf 11,7 v. H. gestiegen ist und mehr als 18,7 Millionen Menschen im Euro-Raum keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können. **In Griechenland und Spanien ist bereits jeder Vierte arbeitslos.** Griechenland, Portugal, Spanien und Italien werden wohl auch im nächsten Jahr in der Rezession verharren, wobei die Schuldenquoten weiter nach oben steigen werden.

Merkel schließt Schuldenschnitt nicht aus

Da kann es nicht verwundern, wenn **Bundeskanzlerin Angela Merkel** einen weiteren Schuldenschnitt für Griechenland in den kommenden Jahren nicht ausschließen will. In der *„Tagesschau“*

vom 2. Dezember d. J. wird sie u. a. wie folgt zitiert: *„Wenn Griechenland eines Tages wieder mit seinen Einnahmen auskommt, ohne neue Schulden aufzunehmen, dann müssen wir die Lage anschauen und bewerten.“* Vom Grundsatz her stimmen ihr da sowohl **SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier** als auch die **Linksfraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht** zu. Auch **EU-Kommissar Günter Oettinger** – vormals Ministerpräsident von Baden-Württemberg – sieht kein Herumkommen um einen weiteren Schuldenschnitt.

Bereits im Frühjahr dieses Jahres hatten private Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen gegen Griechenland verzichtet. Dieser Schuldenschnitt war Voraussetzung für eine Milliardenhilfe an das Land. Ein solcher Schuldenschnitt – im Neudeutschen auch **„Haircut“** genannt – bedeutet also nichts anderes als den **teilweisen Schuldenerlass** zugunsten eines Staates, der sich in großen finanziellen Schwierigkeiten befindet.

In der Konsequenz bedeutet dies aber auch, dass die Gläubiger des jeweiligen Staates – z.B. Sparer, Banken – das geliehene Geld bei einem Schuldenschnitt nicht oder zumindest nicht in voller Höhe zurückgezahlt bekommen, was wiederum bedeutet, dass sich deren Geldvermögen vermindert oder gänzlich auflöst.

Und genau hier setzt die nur zu berechnete **Angst und Sorge vieler Menschen** – auch in Deutschland – ein: In der Le-



Die Rentenmark war 1923 die Hoffnung einer ganzen Generation.

benspraxis besteht die häufig angewendete Alternative zum Schuldenschnitt im **„Weginflationieren“** der Schulden, was nichts anderes bedeutet, dass der **„kleine Mann“ die Zeche für die gravierenden Versäumnisse der Politik und die Gier des Kapitals nach Gewinn bezahlt. Es ist zu befürchten, dass er einen erheb-**

lichen Teil seiner Spargroschen verliert und froh sein kann, wenn es nicht auch noch den Arbeitsplatz und damit den vermeintlichen Wohlstand kostet!

Im Deutschen Reich der angeblich so „goldenen“ zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts – also vor rund 90 Jahren – las sich das am Tage der Einführung der Rentenmark, der eine in ihren Auswirkungen für heutige Verhältnisse unvorstellbare Inflation vorausgegangen war, in der *„Flörsheimer Zeitung“* vom 17. Oktober 1923 wie folgt:

Was ist los?

*Die Staaten sind geldlos,
Die Schulden zahllos,
Die Steuern sind endlos,
Die Regierungen ratlos,
Die Politik ist ziellos,
Die Verwirrung maßlos,
Die Gesetze fruchtlos,
Die Aufklärung ist hirnlos,
Die Sitten zügellos,
Die Sparsamkeit ist sinnlos,
Die Teuerung namenlos,
Die Gewinnsucht ist bodenlos,
Der Schwindel grenzenlos,
Die Zeiten sind trostlos.
Überall ist der Teufel los!*

Das Endergebnis lautete: **Verelendung weiter Teile der Gesellschaft bei rd. 6,5 bis 7 Mio. Arbeitslosen** und schließlich die politische Wahl zwischen **Thälmann** und **Hitler**. Und auch dieses Ergebnis ist bekannt!

Kritik und Ausweg(e)?

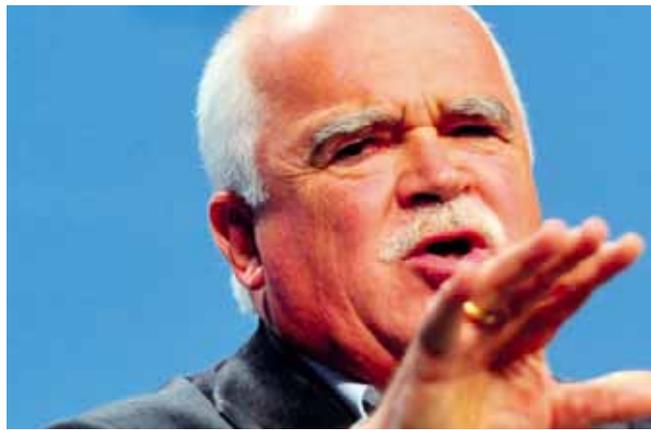
Dass die bei vielen Menschen bestehenden Ängste und Sorgen vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch durchaus berechtigt sind, bestätigt einer der prominentesten amerikanischen Ökonomen, **Robert Shiller**, von der Yale Universität.

Auf die **US-Haushaltskrise** bezogen erklärte er kürzlich in Wien, dass es bei weiterer Kürzung der Staatsausgaben in den USA unweigerlich eine Rezession geben werde, die sich dann auch auf Europa auswirken werde. *„Der Standard“* befürchtet in seiner Ausgabe vom 17./18. November 2012 gar, dass es in diesem Falle zu einer **weltweiten Rezession** kommen könnte. Dass die wirtschaftliche Entwicklung im Übrigen in **Deutschland** durchaus zur Sorge Anlass geben kann, wird u. a. dadurch belegt, dass hier etwa 1,4 Millionen Erwerbstätige so wenig verdienen, dass sie als sogenannte **„Aufstocker“** zusätzlich zu ihrem Einkommen **Hartz IV** beziehen, wie aus

einem Bericht des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ hervorgeht. **Aber auch die Zahl der Selbständigen, die ihr Einkommen mit Hartz IV aufstocken, hat sich seit 2007 auf fast 130.000 verdoppelt!**

Das ruft auch deutsche Ökonomen auf den Plan, allen voran den renommierten **Prof. Karl Albrecht Schachtschneider**, der einen einsamen Kampf gegen das Festhalten am Euro führt. Nach seiner Auffassung dient der Euro von Anfang an nur dem Zweck, einen europäischen Großstaat zu schaffen und nationale Souveränität abzubauen.

Er steht mit dieser Meinung nicht ganz allein! So wurde er bei seinen Verfassungsklagen, z. B. gegen das **Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz**, das die deutschen Hilfszahlungen bei der Bekämpfung der griechischen Finanzkrise 2009/2010 regelt, von weiteren namhaften Rechtswissenschaftlern und Ökonomen, wie **Joachim Starbatty**, **Wilhelm Nölling** und **Wilhelm Hankel** sowie durch den ehemaligen Thyssen-Chef **Dieter Spethmann** nachhaltig unterstützt. Natürlich darf in dieser „Liste“ auch **MdB Dr. Peter Gauweiler (CSU)** nicht fehlen. Trotz seines immer wieder mutigen Auftretens beklagt **Prof. Schachtschneider** das mangelnde Interesse der breiten Bevölkerung, wenngleich er sich bereits in einer Vielzahl von Publikationen und Vorträgen mit diesem



MdB Peter Gauweiler (CSU) kritisiert die Euro-Rettungspolitik der Regierung scharf.

„brandaktuellen Thema“ deutlich und verständlich auseinandersetzt.

Ganz so weit will der **Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel**, der derzeit mit der „**Wahlalternative 2013**“ der Freien Wähler die „**Euro-Revolution**“ anführt, nicht gehen. Aber auch er will „dem Spuk ein Ende bereiten“ und beklagt: „...*In ausnahmslos allen anderen Euroländern kann man über Alternativen zur derzeitigen Politik unverkrampft diskutieren, ohne als Anti-Europäer beschimpft zu werden. Was den „bank run“ betrifft: Der wäre nur bei einem Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone zu befürchten. Gerade deshalb kommen wir von der anderen Seite. Der Euro muss da bleiben, wo er ist. Und die vier Länder im Norden*

sollten austreten und eine eigene Währung begründen.“ (Quelle: ntv-de).

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, **dass die Länder der Euro-Zone immer mehr an Bedeutung für den deutschen Export verlieren.** In den ersten neun Monaten dieses Jahres gingen nur noch 37,6 Prozent der deutschen Ausfuhren in andere

Euro-Länder. Im Vorjahr lag deren Anteil noch bei 39,7 und vor Ausbruch der Schuldenkrise stand er bei 42,6 Prozent. Mitte der 90er Jahre, also vor Einführung der Einheitswährung, gingen rund 46 Prozent der deutschen Ausfuhren in Länder, die später den Euro einführen.

Diese Risiken belasten die bevorstehende Tarifrunde. **Den öffentlichen Arbeitgebern sollte allerdings bewusst sein, dass sich die Kolleginnen und Kollegen nicht mit Almosen abspesen lassen werden. Wer Steuermilliarden für Banken und Spekulanten ausgeben kann, der wird sicherlich auch den hohen Leistungsstandard des öffentlichen Dienstes durch eine angemessene Einkommenserhöhung honorieren können.**

Die Energiewende kommt Verbraucher teuer zu stehen

Deutsche Wirtschaft mahnt professionelle Gestaltung des Mammutprojektes an

Der Atomausstieg, das größte Projekt der Bundesregierung, kommt nicht richtig in Fahrt. Stattdessen steigen die Strompreise. Während die Industrie sich unter Hinweis auf den Erhalt ihrer Konkurrenzfähigkeit schadlos gehalten hat, sollen die Haushalte die gesamte Zeche zahlen. Die Bundesregierung sieht in der Energiewende ein Generationenprojekt. Umweltminister Peter Altmaier vergleicht sie in ihren Dimensionen mit der Mondlandung und der deutschen Wiedervereinigung. Doch die Kanzlerin und ihre Koalition geraten wegen der Art, wie sie diese energiepolitische Revolution organisieren, immer stärker unter Druck.

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück ätzte jüngst, dass „jede Frittenbude in Deutschland besser gemanagt wird als diese Energiewende“. Auch die deutsche Wirtschaft mahnt eine professionelle Gestaltung dieses politischen Mammutprojektes an. Selbst aus Reihen der **CDU** wird Kritik laut, weil man die Zielerreichung in weiter Ferne sieht.

Die Regierung wird als konzeptionslos empfunden

Die Kritik trifft einen wunden Punkt. Die Kosten drohen vollends aus dem Ruder zu laufen! Die Bürgerinnen und Bürger fragen sich, ob sie sich auf jährliche

Kostensteigerungen von zehn und mehr Prozent einstellen müssen. Die vergangenen Wochen haben gezeigt, wie doppelzüngig gerade Politiker der **schwarzgelben Regierung** in dieser Hinsicht agieren. Die Industrie soll hingegen großzügig entschädigt werden, wenn sie einen Beitrag dazu leistet, um befürchtete Stromausfälle zu vermeiden.

Chemie-, Aluminium- oder Stahlbetriebe, die viel Strom verbrauchen, sollen in Zeiten knappen Stromangebots ihre Maschinen drosseln oder abschalten. Für diese „abschaltbaren Lasten“ hatten Gutachter eine angemessene Vergütung von 2.000 Euro pro Megawatt und Jahr

empfohlen. Die Bundesregierung will sich allerdings nicht lumpen lassen und legt noch einiges drauf. Die Industrie soll 20.000 Euro (!) je Megawatt für die Abschaltung ihrer Maschinenparks erhalten. Auf diese Weise kann auch Nichtstun zu sprudelnden Gewinnen führen.

Trotz spürbarer Widerstände will die Politik diese 20.000 Euro durchwinken. Es handelt sich immerhin um das Zehnfache dessen, was den betroffenen Betrieben tatsächlich als Schaden entstehen würde. Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen wurde verlautbart, dass sich die Lobbyisten der energieintensiven Industrie sehr für diese Regelung bei dem durch **Philipp Rösler (FDP)** geführten Wirtschaftsministerium eingesetzt hätten.

Auch diese Kosten sollen auf den Verbraucher abgewälzt werden, der sie künftig in seiner Stromrechnung finden dürfte. Wie geht dieses politische Agieren eigentlich mit den Forderungen der Regierung nach bezahlbarem Strom für die Verbraucher zusammen? Schon jetzt haben sich die Energiekosten zu einer

zweiten Miete entwickelt. Bei stagnierenden Einkommen aus unselbständiger Arbeit können immer mehr Bürgerinnen und Bürger ihre Stromrechnungen nicht mehr begleichen. Hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit augenscheinlich weit auseinander.

Verbraucher werden für Offshore-Windparks in Haftung genommen

Der Bundestag hat soeben beschlossen, den Bürgerinnen und Bürgern auch noch das Haftungsrisiko für die großen Windparks in der Nord- und Ostsee aufzubürden, damit die Energiekonzerne wie **RWE** oder **Eon** noch mehr Profit einfahren können. Selbst die Wirtschaft



Kleinverbraucher sollen für Windparks in Haftung genommen werden, wenn die erzeugte Energie leibungsbedingt nicht ins Netz eingespeist werden kann.



SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück kritisiert, die Bundesregierung wirke bei der Umsetzung des Atomausstiegs wie ein Dilettantenstadl.

ist konsterniert und fürchtet um ihre Wettbewerbsfähigkeit, nachdem der Strompreis in rasanten Sprüngen ungeahnte Höhen erreicht. Auch die Befürworter der Energiewende bekommen langsam kalte Füße. Die Energiepolitik der Bundesregierung steht jetzt auf dem Prüfstand. Sie muss eine Abkehr von der maßlosen Subventionierung erneuerbarer Energie beschließen, will sie den Kampf gegen permanent steigende Kosten nicht verlieren. Bislang sind viele marktferne Umlagen und Förderungen erdacht und realisiert worden, die dem kleinen Stromverbraucher aufgebürdet worden sind. Erstaunlicherweise scheinen die sonst so viel gepriesenen Marktkräfte ausgerech-

net bei der Energiewende nicht zu funktionieren.

Weil die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes natürlich auch Stromverbraucher sind und die dargestellten finanziellen Lasten des Atomausstiegs kaum noch schultern können, benötigen die Kolleginnen und Kollegen anlässlich der Tarifrunde 2013 auch insoweit einen kräftigen „Schluck aus der Pulle“.

Wer der Industrie Einnahmeausfälle in Höhe des Zehnfachen des tatsächlichen Wertes erstatten kann, der dürfte auch willens und in der Lage sein, die Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes deutlich zu erhöhen.

Politikerstreit schadet der öffentlichen Akzeptanz des Strafvollzuges!

Sicherheitsstörungen lösen, meist über die Medien ausgetragen, politischen Schlagabtausch aus

Einige Sicherheitsstörungen in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen sind in den letzten Monaten zum Gegenstand parlamentarischer Auseinandersetzungen gemacht worden. Offenbar geht es darum, den politischen Verantwortungsträger, also den Justizminister, zu treffen, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Dies wäre insoweit nicht weiter problematisch, wenn es lediglich um das Streben nach der politisch besten Lösung ginge. Letzteres scheint aber nicht der Fall zu sein. Bis 2005 bestand ein parteiübergreifender Kon-

sens, den Strafvollzug nicht zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu machen. Mit dem Foltermord in der JVA Siegburg ist dieser für den Vollzug so wichtige Konsens offenbar einseitig aufgekündigt worden. Seither löst praktisch jede vollzugliche Sicherheitsstörung umgehend einen meist auch über die Medien ausgetragenen politischen Schlagabtausch aus. Dies kann nach Einschätzung des BSBD so nicht bleiben, wenn wir einen fortschrittlichen Chancen- und Erprobungsvollzug gestalten und bewahren wollen.

In den zurückliegenden Monaten haben die Auseinandersetzungen so an Schärfe zugenommen, dass auch noch der Eintritt der kleinsten Sicherheitsstörung medial ausgeschlachtet und skandalisiert wird.

Skandalisierung von Sicherheitsstörungen ist für den Vollzug abträglich

Dieser Entwicklung, die die hervorragende Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in den Vollzugseinrichtungen des Landes grob missachtet und beschädigt, tritt der **BSBD** entschieden entgegen. Auf die Anfrage von MdL **Dr. Robert**

Orth, innenpolitischer Sprecher der **FDP-Landtagsfraktion**, hin hat die Landesregierung mitgeteilt, dass innerhalb der letzten zwei Jahre 459 Gefangene aus dem Justizvollzug entwichen seien und sich davon noch 76 auf freiem Fuß befänden. Hierin sieht der Parlamentarier ein schweres Versagen der Landesregierung, wenn er ausführt: „Diese Zahlen offenbaren eklatante Mängel und werfen die Frage auf, ob die rot-grüne Landesregierung die Lage im Griff hat?“ Bei einem derart schweren Vorwurf lohnt sich ein Blick auf die Fakten. Vom 1. Juli 2010 bis zum 30. Juni 2012 haben sich ganze

zwei Ausbrüche aus den 37 Vollzugseinrichtungen des Landes ereignet. Die restlichen 457 sonstigen Entweichungen, die den Sturm der politischen Entrüstung ausgelöst haben, beziehen sich auf Entweichungen aus dem offenen Vollzug, das eigenmächtige Verlassen einer Außenarbeitsstelle und die Entweichung während vorgenommener Ausführungen.

Bei diesen 457 Entweichungsfällen handelt es sich um jenes Sicherheitsrisiko, das speziell dem offenen Vollzug immanent ist. Wenn Gefangene unter Lockerung des Vollzuges erprobt werden sollen, dann beinhaltet diese Erprobung



Die dem NRW-Justizminister von der Opposition zugeordnete Kritik beschäftigt in erster Linie den Strafvollzug.



Thomas Kutschaty (SPD) hat dazu aufgefordert, vollzugsimmanente Risiken nicht pausenlos zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung zu machen.

zwangsläufig ein gewisses Risiko für die öffentliche Sicherheit. Sofern die Gesellschaft dieses Risiko zu tragen nicht bereit ist, wäre die **zwangsläufige Alternative**, Gefangene nach der Strafverbüßung unerprobt in die Freiheit zu entlassen.

Eine solche Vollzugsgestaltung wäre allein wirtschaftlich kaum vertretbar, weil sie eine deutliche Ausweitung der Haftplatzkapazitäten im geschlossenen Vollzug erforderlich machen würde. Die unerprobte Entlassung von Strafgefangenen würde zudem nach Meinung namhafter Experten zu einem deutlich erhöhten Sicherheitsrisiko für die Gesellschaft führen. In Hessen wird ein vergleichbarer Vollzug seit mehr als einem Jahrzehnt praktiziert, **ohne** dass dies für die öffentliche Sicherheit **positive Effekte** gehabt hätte.

Das Risiko für die Allgemeinheit ist gering

Die 457 sonstigen Entweichungen sagen im Hinblick auf die Sicherheit der Allgemeinheit so gut wie gar nichts aus, wenn sie nicht in Relation zur Anzahl Gefangenen gesetzt werden. Jahresdurchschnittlich befinden sich rd. 11.000 Gefangene in den offenen Vollzugseinrichtungen des Landes. Bei 457 Entweichungen in zwei Jahren ergibt sich eine Versagensquote von 2,075 Prozent, was als sehr moderat anzusehen ist.

Setzt man die Versagensfälle ins Verhältnis zu den Möglichkeiten, die Gefangene im offenen Vollzug unschwer nutzen können, um sich der weiteren Strafvollstreckung zu entziehen (z. B. beim täglichen Außenarbeitseinsatz), relativiert sich diese Quote noch mehr. Bei arbeitstäglich rd. 2.200 Außenarbeitseinsätzen ergeben sich für die Gefangenen bei 200 Arbeitstagen mindestens 440.000 Möglichkeiten, sich dem Vollzug zu entziehen, was einem Prozentsatz von 0,103 entspricht. Kommen wir nun zu den schätzungsweise 300 Fällen, in denen entwichene Gefangene im Verdacht stehen, Straftaten begangen zu haben.

Selbst wenn man unterstellte, dass jeder Fall zu einer Verurteilung führen würde, was nicht der Fall ist, dann wären diese 300 Fälle im Vergleich zu den 1,5 Millionen jährlich registrierten Straftaten allein in Nordrhein-Westfalen eine eher zu vernachlässigende Größe.

Anhand dieser Zahlen wird auch für den Laien deutlich, dass der Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen einen wesentlichen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit leistet und dass die Erprobung von Gefangenen im offenen Vollzug mit keinen vor-nennenswerten Sicherheitsrisiken verbunden ist.

Angesichts dieser erheblichen Diskrepanz zwischen der seitens der Politik behaupteten sicherheitstechnischen Inkompetenz des Vollzuges und den tatsächlichen Verhältnissen klappt eine fast unüberbrückbare Lücke. Die Kolleginnen und Kollegen erleben das politische Gezerre, das bei fast jeder Sicherheitsstörung anhebt und vielfach auch über die Medien ausgetragen wird, als grobe Missachtung ihres Berufes und ihrer Arbeitsleistungen, die sie im Interesse der Sicherheit unserer Gesellschaft leisten.

Justizminister ruft zu einem parteiübergreifenden Konsens auf

Denn eines dürfte auch dem ignorantesten Betrachter der Szene einleuchten: **Eine gelungene Wiedereingliederung** eines Rechtsbrechers stellt den wirksamsten Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten dar. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Lockerung des Vollzuges einschließlich der damit verbundenen Risiken **ohne Alternative**. Mit Genugtuung haben die Kolleginnen und Kollegen zur Kenntnis genommen, dass Justizmini-

ster **Thomas Kutschaty (SPD)** hier den Hebel ansetzen will. In der Sitzung des Rechtsausschusses am 24. Oktober 2012 hat der Minister darauf aufmerksam gemacht, dass in fast allen Bundesländern parteiübergreifende Vereinbarungen bestehen, dem Justizvollzug den Rücken zu stärken, indem keine Wortgefechte zu besonderen Vorkommnissen stattfänden. Die Fraktionen des Landtags lud **Kutschaty** ausdrücklich ein, Vorstellungen zu einer Aufwertung der Vollzugskommission zu entwickeln, um die Vor-

kommnisse dort in Ruhe und Sachlichkeit zu erörtern und zu behandeln. Wörtlich erklärte der Minister: „Ich lade alle Fraktionen ein, in eine Phase der Überlegungen mit einzutreten, ob es nicht auch eine qualitative Verbesserung unserer politischen Kultur wäre. Denn augenblicklich laden wir die politischen Auseinandersetzungen

auf den Schultern unserer Bediensteten ab. Ich finde nicht, dass diese es verdient haben.“

Der **BSBD** fordert die Politik nachdrücklich auf, zu einer sachlichen Diskussion über vollzugliche Sicherheitsstörungen zurückzukehren und den Vollzug sowie die Kolleginnen und Kollegen nicht unausgesetzt öffentlich zu diskreditieren. Ein „Weiter so!“ darf es nicht geben, weil dies den Vollzug in seiner Entscheidungspraxis auf Dauer grundlegend verändern würde. Der überwiegende Teil der vollzuglichen Entscheidungsträger würde sich zunächst und vorrangig um die Absicherung und Risikominimierung kümmern. Eine spürbare und anhaltende Restriktion der Vollzugspraxis wäre die zwangsläufige Folge einer solchen Entwicklung.



MdL Dr. Robert Orth (FDP) wirft der Landesregierung im Hinblick auf die Entweichungszahlen der letzten beiden Jahre politisches Versagen vor.

OV Köln:

Kölner Kollegen geht auch auf langer Distanz nicht die Puste aus

Rund 14.700 Läufer schafften es bei NRW's größtem Laufevent über die Ziellinie.

In der Kölner Vollzugseinrichtung nimmt die Gesundheitsförderung einen hohen Stellenwert ein. Um zu testen, ob die Fitness bereits für längere Strecken reicht, nahmen am 14. Oktober 2012 drei Staffeln und etliche Einzelstarter an dem schon legendären Köln Marathon teil. Die ganz lange Strecke traute sich zwar nur ein Vollzugler zu, aber alle anderen neunzehn Kolleginnen und Kollegen waren sich sicher, mit einem Halbmarathon nicht überfordert zu sein. Am Sonntagmorgen ging es bei bestem Laufwetter auf die Strecke. Bei noch guter Kondition konnte man beim Passieren der Deutzer Brücke das Stadtpanorama noch richtig genießen, zumal das große Starterfeld es noch nicht zuließ, sein eigenes Tempo anzuschlagen. Während es für die Kölner Kollegen ums Ankommen ging, kämpften die Profis um Sieg und gute Zeiten. Absolute Favoriten waren – wie seit Jahren – die Läufer aus Ostafrika.

Insgesamt waren 26.000 Sportler für Halbmarathon und Marathon gemeldet. Rund 14.700 Läufer schafften es bei NRW's größtem Laufereignis über die Ziellinie. Den Sieg in Köln machten – wie so oft – die Ostafrikaner unter sich aus. Bei Kilometer 38 gab es noch eine Dreiergruppe, aus der sich am Ende der Kenianer **Alfred Kering** in 2:07:37 durchsetzen konnte.

Zweiter wurde zwei Sekunden dahinter der Äthiopier **Liminek Getachew**, der kurz vorm Ziel falsch eingewiesen wurde und dem die Strecke verlassenden Führungsfahrer folgte. Durch dieses Missgeschick der Ordnungskräfte büßte **Getachew** den schon sicher geglaubten Sieg ein. Die vier erstplatzierten Männer unterboten alle den alten Streckenrekord von 2:08:36, allerdings war die Strecke in die-sem Jahr deutlich verändert worden. Als einziger deutscher Profi im Feld lief **Falk Cierpinski** in 2:18:52 auf Rang 14. Damit ist er zwar weit weg von sämtlichen internationalen Normen, aber immerhin lief er nach langer Verletzungspause wieder einmal einen Marathon zu Ende.

Als die Kölner Läufergruppe, jeder die unvermeidliche Stoppuhr fest im Griff, den Start passierte, waren die „schwarzen Gazellen“ aus Kenia und Äthiopien längst

auf und davon. Die Stoppuhren dienen lediglich der eigenen Orientierung und Strukturierung des Laufes. Für die Feststellung der Laufzeit werden sie nicht benötigt. Dafür hat jeder Teilnehmer einen Chip am Schuh befestigt, mit dem die tatsächliche Laufzeit beim Überqueren der Start- bzw. Ziellinie sekundengenau ermittelt wird. Faszinierend war die Anteilnahme der Kölner Bevölkerung an diesem Laufevent.

Nach Angaben des Veranstalters säumten mehrere Zehntausend Menschen die Strecke und feuerten Profis wie Amateure enthusiastisch an. Nach sieben Kilometern war für die meisten das erste Drittel der Strecke geschafft. Jetzt war vor der ersten Getränkeaufnahme volle Konzentration gefragt, um laufend ein wärmendes oder erfrischendes Getränk zu

erhaschen. Auch die Nahrungsaufnahme stellt regelmäßig ein Problem dar, das die Kölner Kolleginnen und Kollegen allerdings perfekt bewältigten. Innerlich erwärmt oder auch erfrischt nahm man das zweite Drittel der Strecke unter die Füße.

Mit Sambatanz und heißer Musik stimmten sich die Zuschauer an vielen Punkten der Strecke auf das Sportereignis ein. Die Leistung jedes

Läufers wurde durch das sachkundige Publikum beklatscht und jubelt. Dies vermittelte eine euphorische Stimmung, neue Kraftreserven schienen den Läufern zuzuwachsen. Was eben noch schwer und träge wirkte, ging mit der Unterstützung der Zuschauer leichter von der Hand.

Die körperlichen Anstrengungen schienen ihnen nichts mehr anhaben zu können. Wie in Trance hatten viele Läufer das Gefühl, ein Stück hemmender Körperlichkeit hinter sich gelassen zu haben.



Heinz Georg Klein (li.), Vorsitzender des Kölner BSBD-Ortsverbandes, ließ sich die Teilnahme am Staffeltwettbewerb nicht ausreden. Hier nimmt er Ratschläge von Klaus Wirth, dem Leiter des allgemeinen Vollzugsdienstes, entgegen: „Als ich so jung war wie du, da war ich schnell wie eine Gazelle. Ein Halbmarathon wäre nur ein Gucken gewesen!“



Noch völlig entspannt und gut gelaunt bereiten sich die Kölner auf die absehbaren körperlichen Strapazen vor.

Auf dem zweiten Drittel der Strecke spürte der ein oder andere bereits die Endlichkeit der antrainierten Kondition. Auf dem Rückweg durch die Innenstadt in Richtung Dom wollten die Türme dieser Kathedrale einfach nicht näher kommen. Bei der zweiten Verpflegungsstelle waren den Läuferinnen und Läufern die Strapazen der Strecke bereits deutlich anzumerken und anzusehen.

Als dann endlich der Dom erreicht und die Deutzer Brücke nicht mehr weit war, stellte sich das gute Gefühl ein, der gewählten körperlichen und mentalen Herausforderung auch tatsächlich gewachsen zu sein.

Stärkster Teilnehmer der Kölner Läufergruppe war Mike Zingsheim

Mit einem wahren Hochgefühl ging es über die Deutzer Brücke hin zum nahen Ziel. Am Zieleinlauf hatte sich ein fantastisches Publikum eingefunden, das jeden Läufer mit Applaus und Anfeuerungsrufen über die Strecke zu tragen versuchte. Für die Läufergruppe aus der JVA Köln hinterließ besonders die 300 Meter lange Zielgrade einen bleibenden Eindruck. Die Zuschauer veranstalteten mit Trommeln Ratschen und Tröten einen geradezu ohrenbetäubenden Lärm, der bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern emotionale Reaktionen auslöste. Beim Überqueren der Ziellinie konnte sich der eine oder andere eine Freudenträne nicht verkneifen. Als stärkster Teilnehmer der Kölner Läufergruppe erwies sich **Mike Zingsheim**, der sich tatsächlich an den 42,195 km langen Marathon wagte und in 3:54:33 Stunden das Ziel erreichte, den 2095. Platz belegte und in seiner Altersklasse 241. wurde.

Angehörige und Freunde empfangen die Läufer und feierten mit ihnen

Alle anderen Teilnehmer der Kölner Laufgruppe zeigten sich ebenfalls bestens vorbereitet und bewältigten die Halbmarathonstrecke in beachtlicher Zeit. Die Platzierungen konnten sich sehen lassen, wenn man bedenkt, dass mehr als 26.000 Läufer angetreten waren, um ihre Kräfte im sportlichen Wettstreit zu messen.

Angehörige und Freunde ließen es sich nicht nehmen, die Kölner Kolleginnen und Kollegen, die Teil einer der größten Laufveranstaltungen in Deutschland gewesen waren, gebührend zu empfangen und zu feiern. Auch die Leiterin der Kölner Vollzugseinrichtung, **Angela Wotzlaw**, die im Rahmen der Gesundheitsförderung die Startgebühren übernommen hatte, war extra früher aus dem Urlaub zurückgekehrt, um ihren Kölner „Läuf-Assen“ die verdienten Ehrenurkunden überreichen zu können.

OV Münster

Politik trifft auf vollzugliche Praxis

Gespräch mit dem SPD-Rechtsexperten Thomas Marquardt

Die Dienstrechtsreform wirft ihre Schatten voraus. Seit nunmehr sechs Jahren und dem Inkrafttreten der Föderalismusreform, hat sich keine der so dringend erforderlichen strukturellen Verbesserungen für die Laufbahnen des Strafvollzuges realisieren lassen. Da ist es wichtig, dass Netzwerkarbeit dort geleistet wird, wo sie möglich ist. Dies geschah jüngst mit dem Landtagsabgeordneten Thomas Marquardt, SPD-Abgeordneter und Mitglied im Beirat der JVA Münster, der als einflussreicher Rechts- und Innenpolitiker gilt. Der Abgeordnete ist zudem Mitglied in der Vollzugskommission und kennt sich folglich aus in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen. Achim Hirtz, Vorsitzender des Münsteraner BSBD-Ortsverbandes, nutzte diese Möglichkeit, um sich mit Thomas Marquardt über die drängenden Probleme des Strafvollzuges auszutauschen.

Breiten Raum nahm die Erörterung der Errichtung einer Ersatzanstalt für die **JVA Münster** ein. Einerseits gilt es Kostengesichtspunkte zu berücksichtigen, aber auch den berechtigten Anliegen der Kolleginnen und Kollegen nach einem wohnortnahen Arbeitsplatz Rechnung zu tragen. Einigkeit bestand insofern, dass in dieser Hinsicht ein tragfähiger Kompromiss angestrebt werden soll. Klar war den Gesprächspartnern allerdings auch, dass es schwer werden dürfte, geeignete Grundstücksflächen im städtischen Nahbereich ausfindig zu machen und zu erwerben.



MdL Thomas Marquardt (SPD) und Ortsverbandsvorsitzender Achim Hirtz (li.) sehen den Meinungsaustausch zwischen vollzuglicher Praxis und Politik als lohnend an.

Seitens des Gewerkschafters wurde speziell die **Dienstkleidung** für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes angesprochen, deren Einführung in den zurückliegenden Wochen etliche Probleme aufgeworfen hat. **Hirtz** konfrontierte den Parlamentarier mit der **BSBD**-Forderung nach Aufnahme eines gesetzlichen Anspruchs auf unentgeltliche Ausstattung mit solcher Dienstkleidung, die der Dienst erfordert, in das Landesbeamten-gesetz. Ohne sich inhaltlich festlegen zu wollen, äußerte

der Parlamentarier durchaus Verständnis für dieses Anliegen. Daneben standen die **Dienstwohnungsverordnung** und die **Dienstrechtsreform** im Mittelpunkt des Meinungsaustausches. MdL **Thomas Marquardt** machte darauf aufmerksam, dass im Bereich der Dienstwohnungen großes Fingerspitzengefühl erforderlich sei, weil die Landesregierung nahezu jährlich vom Landesrechnungshof darauf hingewiesen werde, dass gerade diese ein absolutes Zuschussgeschäft seien, weil an Bestandsmiete für den Bau- und Liegenschaftsbetrieb deutlich mehr gezahlt werden müsse, als anschließend von den

Dienstwohnungsinhabern erstattet würden. Bislang hätten die vorhandenen Dienstwohnungen gehalten werden können, deshalb rate er zu einem behutsamen Vorgehen, da sonst am Ende ein Ergebnis stehen könnte, das niemand gewollt habe.

Zur **Dienstrechtsreform** könne er, **Marquardt**, noch nicht viel sagen, weil die Meinungsbildung in seiner Fraktion noch nicht endgültig abgeschlossen sei. Es zeichne sich allerdings ab, dass zwingend notwendige Maßnahmen recht bald einer gesetzlichen Regelung zugeführt würden, während der große Rest noch etwas mehr Beratungsaufwand und natürlich auch die angemessene Beteiligung der Gewerkschaften erforderlich mache.

Am Ende des Nachmittags gingen die beiden Gesprächspartner mit der Zusage auseinander, sich in regelmäßigen Abständen wieder zum Meinungsaustausch treffen zu wollen.

Glosse

Tach auch

Justus V. Anonymus

Tach auch, Kollejen.



Am 21. Dezember is Weltenunterjang, wir leben nicht mehr lang. Dat jab et doch alles schon mal. Der Maja-Kalender hört auf und die Welt jet unter. In Sibieren jabet schon Hamsterkäufe, und nach Mittelamerika, wo die Mayas jelebt haben, reisen die Touristen in Scharen, weil sie den Weltenuntergang vor Ort erleben wollen.

Irgendwie durchjeknallt, aber irgendwie brauchen Menschen dat wohl. Dat war schon in der Bibel so, im Mittelalter und jetzt auch noch. Ich vermute, dat hat wat damit zu tun, dat man die anderen wegen ihrer Sünden für die Katastrophe verantwortlich machen kann. Und wenn man sündenfrei lebt, kann man die Katastrophe verhindern.

Und wenn der Unterjang dann nicht einjetreten ist, kann man sich wieder neu

am Leben freuen. Ich jlaube, dat is so ähnlich auch mit der Klimakatastrophe, dat is ja auch sone Art Weltenunterjang auf Raten.

Früher war die Relijon für so wat zuständig, heute sinnet die Jrünen. Daran können auch Atheisten jlauben. Die Treibhausjase sind die Sünde. Wir müssen umkehren und Buße tun, dann haben wir vielleicht Jlück, und die Welt kann noch

mal so jrade jerettet werden. Die Jrünen sind die Priester dieser neuen Relijon mit ihrem Jutmenschentum und oberlehrerhaften Moraljedöns. Wehe, du denks oder

sachs wat anderes, dann krisse Kloppe. Ehrlich, die Klimakatastrophe hat auch wat mit Allmachtsfantasien zu tun. Wir Menschen sind so mächtig, dat wir unsere Erde mal eben kaputt machen können, und die Jrünen sind noch mächtiger, weil sie wissen, wie man sie retten kann. Mir kommt dat so vor, als wenn jemand in den Rhein pinkelt und jlaubt, dadurch ein Hochwasser ausjelöst zu haben.

Die neue Relijon der Weltenretter hat

noch einen anderen Jlaubenssatz, den sie aus der ehemaligen DDR jeklaut haben: Kinder sollen möglichst bald nach der Jeburt in staatliche Obhut kommen, von der Kinderkrippe über Kinderjarten, Janztachsschule bis hin zum Abitur. Die Eltern sehen die Kinder nur noch zum Schlafen und am Wochenende. Mütter, die ihre Kinder selbst erziehen, werden als Herdheimchen lächerlich jemacht,

dat Betreuungsjeld wird als Herdprämie verspottet. Wat steckt eijentlich dahinter? Ich jlaube, die Jrünen und Sozis wollen, dat der Staat die Oberhoheit über

die Kindererziehung haben soll, weil man dat den Eltern nicht zutraut, wat natürlich Quatsch ist. Zudem braucht die Wirtschaft die Frauen als (billije) Arbeitskräfte. Dat janze Jerede von der Emanzipation der Frau ist ziemlicher Quark. So, jetzt habe ich aber jenuch jequaselt. Ich wünsche Euch ein schönes Weihnachtsfest und ene jote Rutsch ins neue Jahr.

Justus V. Anonymus

Weltunterjang

OV Bielefeld-Oberems

Langjährige Mitglieder geehrt

Jahr für Jahr treffen sich die Pensionäre der JVA Bielefeld-Senne zu ihrer vorweihnachtlichen Zusammenkunft. Auf Einladung des OV-Vorsitzenden Ulrich Biermann waren am 6. Dezember die „Ruheständler“ aus ganz Ostwestfalen angereist.

Biermann konnte aus Anlass der Veranstaltung auch den Leiter der JVA Bielefeld-Senne, Uwe Nelle-Cornelsen, begrüßen, der gegenwärtig an die JVA Bochum abgeordnet ist, ab Anfang Januar 2013 aber an seinen „Bielefelder Schreibtisch“ zurückkehrt. Nach einem kurzen Überblick über die vollzuglichen und gewerkschaftlichen Entwicklungen der zurückliegenden zwölf Monate stand die Ehrung der langjährigen Mitglieder im Zentrum der Veranstaltung. Ulrich Biermann und Hans Ebel nahmen die Eh-

rung des Kollegen Herbert Murche für 50-jährige Mitgliedschaft und der Kollegen Walter Würdekemper und Adolf Krawitsch für 40-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Strafvollzug vor. Da-



Von links nach rechts: Walter Würdekemper, Uwe Nelle-Cornelsen, Leiter der JVA Bielefeld-Senne, Herbert Murche, Friedhelm Sanker, stv. Leiter der JVA, Adolf Krawitsch und Vorsitzender Ulrich Biermann.

neben wurden Wolfgang Fahl und Dirk Vinke für 25-jährige, Georg Gladisch und Siegfried Profe für 40-jährige, Winfried Colberg für 50-jährige und Heinz Mai für eine 60-jährige Mitgliedschaft geehrt. Die Letztgenannten waren aus persönlichen und Krankheitsgründen leider an einer Teilnahme gehindert. Die Redaktion wünscht baldige Genesung.

Ulrich Biermann, der die Jubilare mit Ehrenurkunde und einen Präsent auszeichnete, bedankte sich für deren solidarisches Eintreten für die gemeinsame Sache. „Ihr gebt uns Jüngeren ein gutes Beispiel dafür, dass die Bündelung gemeinsamer Interessen sich auszahlt, auch wenn man manchmal einen langen Atem benötigt!“



Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Gewerkschaft Strafvollzug

Besuchen Sie und im Internet
www.bsbd-nrw.de